

**a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**

Name [Stadtwerke Postdam GmbH](#)  
 Straße [Steinstraße 104-106, Haus 14](#)  
 Plz, Ort [14480, Potsdam](#)  
 Telefon  
 Fax  
 E-Mail [tim.heinrich@swp-potsdam.de](mailto:tim.heinrich@swp-potsdam.de)  
 Internet [www.stadtwerke-potsdam.de](http://www.stadtwerke-potsdam.de)  
 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

**b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A**

Vergabenummer [220929\\_SWP\\_012\\_Bau SBB VE 13 Trennwände\\_AW](#)

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen - ohne elektronische Signatur (Textform)****d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen  
 Planung und Ausführung von Bauleistungen  
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

**e) Ort der Ausführung**

[Strandbad Babelsberg, Park Babelsberg, 14482 Potsdam](#)

**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose**

[Bestandteil der ausgeschriebenen Leistungen sind WC-Trenn- und Schamwände in den Sanitärbereichen, auch als Umkleidekabinen im überdachten Außenbereich, außerdem Ausstattungen der Sanitär- und Nassbereiche und Nebenleistungen, wie Baustelleneinrichtung und technische Bearbeitung.](#)

**g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

**h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)**

- nein  
 ja, Angebote sind möglich
- nur für ein Los  
 für ein oder mehrere Lose  
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

**i) Ausführungsfristen**

- Beginn der Ausführung  
 Fertigstellung oder Dauer der Leistungen

**Bestimmungen über die Ausführungsfrist**

1. Der Auftragnehmer hat einen detaillierten Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann.
2. Als Grundlage hierfür erhält der Auftragnehmer mit Aufforderung zur Angebotsabgabe einen Bauablaufplan. Die Festlegungen des Auftraggebers, z.B. zur baufachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen.
3. Der Baufristenplan ist dem Auftraggeber unaufgefordert innerhalb von 2 Wochen nach Auftragserteilung zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Bei Verzögerungen im Bauablauf ist der Auftraggeber umgehend zu informieren und der Baufristenplan entsprechend unverzüglich zu überarbeiten.

**j) Nebenangebote**

- zugelassen  
 nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

- nicht zugelassen
- k) **mehrere Hauptangebote**
- zugelassen
- nicht zugelassen
- l) **Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**
- Vergabeunterlagen
- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YX361CT/documents>
- können angefordert werden unter:
- Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
- Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- andere Maßnahmen:
- Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist
- Nachforderung
- Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden
- nachgefordert
- teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:
- nicht nachgefordert
- o) **Ablauf der Angebotsfrist** am 26.11.2024 um 14:00 Uhr
- Ablauf der Bindefrist am 03.01.2025
- p) **Adresse für elektronische Angebote** <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YX361CT>
- Anschrift für schriftliche Angebote
- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:** DE
- r) **Zuschlagskriterien**
- siehe Vergabeunterlagen
- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
- | Kriterium                         | Gewichtung |
|-----------------------------------|------------|
| <a href="#">Niedrigster Preis</a> |            |
- s) **Eröffnungstermin** am 26.11.2024 um 14:00 Uhr
- Ort
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen
- t) **geforderte Sicherheiten**
- [Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 5 v.H. der Auftragssumme zu leisten, sofern die Auftragssummemindestens 250.000,- Euro ohne Umsatzsteuer beträgt.](#)
- [Die für Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt 3 v.H. der Auftragssumme einschl. erteilter Nachträge.](#)
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**
- v) **Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**
- [Bietergemeinschaften sind zugelassen. Sie müssen gesamtschuldnerisch haften und einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung \(Bietergemeinschaftserklärung\) abzugeben,](#)
- in der alle Mitglieder mit Namen und Adressen benannt sind,
  - in der ein bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
  - wonach der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und für den Fall der Auftragserteilung bei der Vertragsdurchführung rechtsverbindlich vertritt,
  - mit der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,

- wonach alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

**w) Beurteilung der Eignung**

Nachweise zur Eignung

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

u.1) Teilnahmebedingung - Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

u.1.1) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- (a) Eigenerklärung über die Eintragung in das Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes.
- (b) Eigenerklärung darüber, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
- (c) Eigenerklärung darüber, ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet.
- (d) Eigenerklärung darüber, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.
- (e) Eigenerklärung darüber, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
- (f) Eigenerklärung darüber, dass sich das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- (a) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre,
- (b) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens für Leistungen die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind
- (c) Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung einer Versicherungsgesellschaft mit Sitz in der EU mit Mindestdeckungssummen

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Haftpflichtversicherung einer Versicherungsgesellschaft mit Sitz in der EU mit Mindestdeckungssummen von 2.500.000 EUR für Personen- und Sachschäden sowie sich daraus ergebende Vermögensschäden pro Schadensereignis und 1.000.000 EUR für reine Vermögensschäden. Nachweis durch Kopie des Versicherungsscheins oder durch eine Bestätigung des Versicherers. Soweit eine Versicherung mit den vorgenannten Mindestdeckungssummen nicht besteht, ist eine unwiderrufliche Erklärung eines Haftpflichtversicherers oder Versicherungsmaklers mit Sitz in der EU, mit dem Bieter im Auftragsfall eine Versicherung mit den genannten Mindestdeckungssummen abzuschließen, einzureichen.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- (a) Eigenerklärung über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- (b1) Eigenerklärung über die Ausführung von Leistungen in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, jeweils mit Angaben zu:
  - Ansprechpartner
  - Art der ausgeführten Leistung
  - Auftragssumme
  - Ausführungszeitraum
  - stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschließlich Angabe der ausgeführten Mengen
  - Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer
- (b2) Referenzen (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen):
  - mind. eine Referenz für die Ausführung von vergleichbaren Leistungen in den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren 2019 bis 2023 (die Leistungen müssen abgeschlossen und abgenommen sein) Farbbeschichtung Asphaltflächen mit 2-K-Asphaltfarbe, die nach 4 Mio. Radüberrollungen noch Griffigkeit besitzt, flächig, farbig, in Gehwegen (keine Fahrbahnmarkierung). Baukosten mind. 10.000 EUR netto, Angabe Projekt, Bauherr/ Ansprechpartner, Kontaktdaten. Sollte der Bieter diese Farbbeschichtungsarbeiten durch einen NU ausführen lassen wollen, kann er dessen Referenzen für diese Leistung entspr. der genannten Anforderungen einreichen."
  - mind. eine Referenz für die Farbbeschichtung des Asphalts

Sonstige Nachweise

Der Nachweis der Eignung ist nach § 6b Abs. 1 Nr. 1 VOB/A zu führen. Dieser Nachweis kann mit der Eintragung in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) erfolgen und umfasst die Erklärungen und Angaben gemäß Ziffer III.1.1), III.1.2) und III.1.3). Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten ist als Nachweis zugelassen. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt VHB 124 Eigenerklärungen zur Eignung vorzulegen. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die im Formblatt VHB 124 Eigenerklärung zur Eignung angegebenen Bescheinigungen zuständiger Stellen innerhalb von 6 Kalendertagen nach gesondertem Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

(5) Folgende Nachweise zur Eignung sind als Einzelnachweis vorzulegen:

- KEINE -

(6) Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist der Leistungsanteil, der an andere Unternehmen untervergeben werden soll, mit Angebotsabgabe zu benennen. Kommt das Angebot in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers die anderen Unternehmen zu benennen. Für die anderen Unternehmen ist gleichzeitig die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis anzugeben oder ist gleichzeitig eine Eigenerklärung gemäß dem Formblatt VHB 124 Eigenerklärung zur Eignung (diese umfasst die Erklärungen und Angaben gemäß Ziffer III.1.1), III.1.2) und III.1.3) vorzulegen. Zusätzlich ist eine Verpflichtungserklärung des/der anderen Unternehmen(s) einzureichen.

(7) Beruft sich der Bieter zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß Ziffer III.1.2) sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gemäß Ziffer III.1.3) auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind diese Unternehmen mit Angebotsabgabe zu benennen und ist für diese Unternehmen mit Angebotsabgabe der Nachweis der Eignung nach § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A zu führen. Dieser Nachweis kann mit der Eintragung in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) erfolgen und umfasst die Erklärungen und Angaben gemäß Ziffer III.1.1), III.1.2) und III.1.3). Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten ist als Nachweis zugelassen. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt VHB 124 Eigenerklärungen zur Eignung vorzulegen. Zusätzlich ist mit Angebotsabgabe eine Verpflichtungserklärung des/der anderen Unternehmen(s) einzureichen. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die im Formblatt VHB 124 Eigenerklärung zur Eignung angegebenen Bescheinigungen zuständiger Stellen innerhalb von 6 Kalendertagen nach gesondertem Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

(8) Jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft hat die geforderten Erklärungen und Nachweise bezüglich der Eignung gesondert vorzulegen.

(9) Das Formblatt VHB 124 Eigenerklärungen zur Eignung wird den Vergabeunterlagen beigelegt.

**x) Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name

Straße

Plz, Ort

Telefon

Fax

E-Mail

Internet

**Sonstiges**

(1) Für die Angebotsauswahl werden nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt. Darüber hinaus gehende Unterlagen sind nicht erwünscht.

(2) Die Vergabe erfolgt unter Berücksichtigung der Regelungen des Brandenburgischen Gesetzes über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Brandenburgisches Vergabegesetz - BbgVergG) in der aktuell gültigen Fassung.

(3) Nachfragen werden nur beantwortet, wenn sie schriftlich über die Plattform "Vergabemarktplatz Brandenburg" bis zum 19.11.2024, bis 14:00 Uhr gestellt werden. Eine Beantwortung gestellter Fragen erfolgt ebenfalls ausschließlich schriftlich über die Plattform "Vergabemarktplatz Brandenburg". Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

(4) Bei der Einreichung des Angebotes wird um die zusätzliche Abgabe der Datei GAEB.d84 bzw. GAEB.x84 gebeten.

(5) Die Urkalkulation ist spätestens 18 Werktage nach Beauftragung bei der Vergabestelle des Auftraggebers in einem verschlossenen Umschlag und entsprechend gekennzeichnet einzureichen!

Mindestlohn:

Für die in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Beschäftigten sind von dem Bieter die Erklärungen nach § 6 Abs. 2 ff. Brandenburgisches Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen (BbgVergG) zur Zahlung eines Arbeitnehmerbruttoentgeltes von mindestens des nach § 6 Absatz

2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes geltenden Bruttoentgelts gerechnet auf die Arbeitsstunde. zu unterzeichnen (Formblatt 3 und ggf. 4). Soweit ein Bieter oder ein zum Einsatz vorgesehener Nachunternehmer seinen Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in einem anderen EU-Mitgliedstaat hat und ausgeschriebene und angebotene (Teil-)Leistungen in diesem Mitgliedstaat erbringen wird, besteht keine Verpflichtung zur Zahlung des in § 6 Absatz 2 des Brandenburgischen Vergabegesetzes genannten Bruttoentgelts für diese Beschäftigten. Dies folgt insbesondere aus den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs vom 18. September 2014, Rs. C - 549/13 ("Bundesdruckerei") und vom 17. November 2015, Rs. C - 115/14 ("RegioPost").

Bekanntmachungs-ID:

CXP9YX361CT